Preis der Einzelnummer 5 Grusch

Bezugspreis
Inland: 1 Monat 1,75 T. Pfd., 3 Monate 5.– T. Pfd., 6 Monate 9.– T. Pfd., 12 Monate 16.– T. Pfd. Ausland: 1 Monat 6.– R.-Mark, 6 Monate 30.– R.-Mark oder Gegenwert. Alles einschliesslich Porto. Inserate: 1. Seite 1 cm 100 Grusch, 2. Seite 75 Grusch, 3. Seite 50 Grusch, 4. Seite 30 Grusch. (Inlandspreise).

Geschaeftsleitung: Schischhane Karakol Jokuschu, Saverio-Caleja-Gasse, Phoenixhaus.
Drahtanschr.: Turkpost
Fernspr.: Pera 1733
Postfach: Galata 269.

Türkische Post — تورکیشه پوست

نسخه‌سی ٥ غروش
آبونه
داخل ایچون: برآیلیغه ١٫٧٥ ایچ آیلیغه ٥ لیرا
خارج ایچون: برآیلیغه ٦ آلتی آیلیغه ٣٠ آلتون مارقه
اعلانات
١ نجی صحیفه‌ده بر سانتیمتره ١٠٠ ، ٢ نجی صحیفه‌ده ٧٥
٣ نجی صحیفه‌ده ٥٠ ، ٤ نجی صحیفه‌ده ٣٠ غروش
اداره‌خانه: شیشخانه – قره‌قول یوقوشی ، ساره‌یر قاپوسی
تلفون: پیرا ١٧٣٣ ، پوسته قوتوسی ٢٦٩ ، فینیکس بینه‌سی
تلغراف آدریسی: تورک پوست ، غلاطه ، پك اوغلی
پوسته قوتوسی – غلاطه: ٢٦٩

Tageszeitung für den Nahen Osten

1. JAHRGANG NO. 135

Konstantinopel, Mittwoch, 13. Oktober 1926

Hauptschriftleiter: Dr. F. F. Schmidt-Dumont. Verantwortlicher Schriftleiter: Musaffer Bej · Politik und Handel, Dr. F. F. Schmidt-Dumont. Feuilleton und Lokales: Josef Hans Lazar. Inseratenteil: Erwin Schmidt. Verlag: von Ritgen & Co. Druck: Phœnix Buch- und Steindruckerei.

Tagesspiegel.

رومانیا اکنجی قول اردوسنده (٦٠٠٠) عسکری افراد وظیفه‌سنی رد ایتمشلردر .

§ پروسیا مجلس مبعوثان مرکز قتولیك فرقه‌سنك رئیسی ، خلق فرقه‌سنك رئیسی پروسیا حکومتك تبدیلی حقنده مذاکره دعوت ایتمشدر .

§ لایپسیتر مدن علمسی شوراسی ، اعضالرینه دوحال ایله باغلاماری ایچون نصیحت ویرمشدر .

§ (پروته – قاتوق) اسمندکی هولانده گیمیسی آچیق دکزده باتمشدر . مرتباتدن (١٤) کیشی برغولمشدر .

§ طلوع انکلیز حرب گیمیسی شرق آسیادکی انکلیز قیلاسنی تقویه ایچون سینغاپوره واصل اولمشلردر .

Beim zweiten rumaenischen Armeekorps verweigerten 6000 Rekruten den Dienst.

Der Vorsitzende der preussischen Zentrumsfraktion ist an den Vorsitzenden der deutschen Volkspartei mit der Aufforderung zu Besprechungen ueber eine Regierungsumbildung in Preussen herangetreten.

Der Bergarbeiterrat der Grafschaft Leicester empfiehlt seinen Mitgliedern die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit.

Das hollaendische Schiff «Port de Katwyk» ist auf hoher See gesunken, 14 Mann sind ertrunken.

In Singapur sind 9 britische Kriegsschiffe zur Verstaerkung der britischen Flotte in Ostasien eingetroffen.

Belgische Stimmen für Rückgabe der Schutzgebiete an Deutschland.

Fühler und Versuchsballons.

Die «Nation Belge», das führende und extremste Organ der belgischen Chauvinisten, dessen politische Einstellung sich schon dadurch kennzeichnet, dass es am energischsten von allen belgischen Pressestimmen für die Besetzung von Niederländisch Limburg und Niederländisch Flandern Stimmung zu machen suchte, brachte vor einigen Tagen einen Aufsatz über die ehemals deutschen Schutzgebiete, der umso beachtenswerter ist, als die «Nation Belge» von jeher als das deutsch-feindlichste Blatt Belgiens gelten musste.

Die Zeitung fordert nicht mehr und nicht weniger als die Rückgabe wenigstens eines grossen Teiles der Schutzgebiete an das Deutsche Reich, ein Vorschlag, der in diesem Munde wahrhaft verblüffend wirkt. Man wäre unwillkürlich versucht, an eine etwas plumpe Falle, an ein Danaergeschenk zu glauben, wenn nicht das Sinken des belgischen Franken, dessen Schicksal bisher mit seinem französischen Bruder zu eng verknüpft war, um eine gesonderte Währungssanierung zu ermöglichen, des Rätsels Lösung nahelegte.

Die Versuche, durch Aufrollung der Eupen-Malmedyfrage eine Besserung der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Belgien und damit die Beihilfe des ersteren bei einer Stützungsaktion der belgischen Valuta zu erreichen, scheinen an dem Widerstande des französischen Chauvinismus, vorläufig gescheitert zu sein. Dasselbe Belgien, das vor dem Kriege bei jeder Gelegenheit so scharf und entschieden seine völlige Unabhängigkeit von irgend einem Nachbarstaate zu betonen liebte, scheint Frankreich gegenüber nicht mehr den Mut oder die Tatkraft aufbringen zu können, die zur energischen Zurückweisungen erforderlich wären.

Da es mit einem Vergleich auf der Eupen-Malmedy-Basis also vorläufig nichts werden dürfte, lässt man einen Versuchsballon in anderer Richtung aufsteigen, der vor allem zur Orientierung dienen soll, wie sich Deutschland diesem anscheinend so verführerischen Köder gegenüber verhalten wird. Dass der Kolonialvorschlag nur ein theoretisches Problem bedeutet, dessen Umsetzung in die Tat, solange die jetzige Einstellung der Westmächte anhält, unmöglich zu verwirklichen ist, liegt auf der Hand. Oder sollte man in Brüssel nicht ebenso gut, wie in Paris und London, wissen, dass die Aufrollung der Schutzgebietsfrage die sämtlichen mit Mandaten über frühere deutsche Gebiete bedachten Ententestaaten an einer weit empfindlicheren Stelle trifft als die — trotz allen französischen Zetergeschreis im Grunde doch rein deutsch-belgische Eupen-Malmedy-Angelegenheit? — Die Gewissheit einer schroffen Ablehnung des belgischen Rückgabevorschlages durch die am meisten interessierten Länder, England und Frankreich, wird durch die näheren Ausführungen des merkwürdigen Artikels noch erheblich verstärkt.

Es wäre vernünftig, so heisst es darin, Deutschland jedenfalls einen grossen Teil seines ehemaligen überseeischen Besitzes zurückzugeben, damit das Reich in der Lage sei, seinen starken Ueberfluss an Bevölkerung dort unterzubringen. In erster Linie kommen nach Meinung der «Nation Belge» für die geforderte Rückgabe diejenigen Länder in Betracht, die an «kolonialer Inflation» leiden. Belgien, das selbst unter dem Druck grossen Bevölkerungsüberschusses stehe, denke natürlich nicht daran, irgend etwas von dem ihm übertragenen Mandatsgebiet aufzugeben — Es ist leicht entgegenkommend zu sein, wenn ein Anderer die Kosten trägt !...

Einen weiteren Beweis, wie wenig ernst zu nehmen leider die belgische Anregung ist, kann man darin erblicken, dass der andernfalls unfehlbar zu erwartende Entrüstungssturm in England und Frankreich bisher ausgeblieben ist. Keine dieser Mächte würde stillschweigend zugegeben haben, unter einer kolonialen Inflation zu leiden. Im Gegenteil fühlen sich beide in kolonialer Beziehung nicht einmal saturiert, vielweniger übersättigt. Für England wird diese Behauptung durch nach neuen Einflussgebieten lüsternes Verhalten in der abessinischen Frage bewiesen.— Würde ferner ein Land, das sich des Gefühles bewusst ist, sich an Kolonialbesitz übernommen zu haben, langwierige und kostspielige Kriege führen, um diesen Besitz festzuhalten und gar noch zu erweitern, wie dies Z.B. Frankreich in Marokko und Syrien getan hat und immer noch tut?

Das alles wusste der Verfasser des Artikels in der «Nation Belge» ebensogut, zumal man in der Annahme nicht fehl gehen dürfte, dass es niemand anderes als der ehemalige Minister des Aeusseren, Hymans, ist, der den in Frage stehenden Aufsatz, wenn auch vielleicht nicht geschrieben, so doch sicherlich inspiriert hat. Hymans hat zur Zeit als Vertreter der liberalen Partei ein anderes Portefeuille, doch vertritt er den sozialistischen Aussenminister Vandervelde während seiner Abwesenheit.

Trotzdem aber die belgische Anregung kaum einen positiven Erfolg zeitigen wird, wäre es falsch, sie für eine blosse Geste zu halten, über die man stillschweigend zur Tagesordnung übergehen kann. Sie zeigt vielmehr von neuem, dass man von belgischer Seite gewillt ist, die bisher allerdings noch recht schüchternen Annäherungsversuche fortzusetzen und Deutschland jedenfalls in versöhnlicher Stimmung zu erhalten, sei es auch nur, um in Fragen der immer dringender sich meldenden Notwendigkeit einer baldigen Währungsstützung Zeit zu gewinnen. Eine anhaltende Besserung der deutsch-belgischen Beziehungen ist allein schon zur Erhaltung einer günstigen Stimmung bei den ehemaligen Neutralen und in Amerika wichtig, die unter allen Umständen in dem Glauben erhalten werden müssen, dass die Gewinnung der Beihilfe Deutschlands zur belgischen Finanzsanierung nicht auf unüberwindliche Schwierigkeiten stossen würde.— Und wirklich, mag der Vorschlag der «Nation Belge» noch so wenig Aussichten auf Erfolg gewähren, mögen dem Manöver noch so egoistische Motive zu Grunde liegen, einen gewissen günstigen Eindruck hat es in Deutschland nicht verfehlt, gerade da es von einer Seite unternommen wurde, von der man am wenigsten das geringste Entgegenkommen erwartet hätte. — Ganz abgesehen davon, dass wir kein Interesse daran haben, bei einer entsprechend veränderten Haltung des einstmaligen in alle Zukunft den Unversöhnlichen zu spielen, buchen wir — bescheiden wie wir in unseren Ansprüchen, wenn auch nicht einmal auf Wohlwollen, so doch wenigstens auf Gerechtigkeit geworden sind, — schon allein die Tatsache als einen wesentlichen Fortschritt, dass von beachtenswerter Ententeseite überhaupt endlich einmal unseres Anspruches auf überseeische Schutzgebiete Erwähnung getan wurde.

Ohne den Aufsatz des belgischen Blattes und die «Afrikanische Kolonialkonferenz,» die in Nairobi in Anwesenheit des Gouverneurs von Ostafrika vom 18. bis 28. August getagt hat, an der die Vertreter von elf afrikanischen Kolonialgebieten teilnehmen, in ursächlichen Zusammenhang miteinander bringen zu wollen, geben wir uns doch der Hoffnung hin, dass bei diesen Sitzungen die belgische Erwähnung der deutschen Bedürfnisse einen gewissen Eindruck nicht verfehlen wird, und nehmen das zeitliche Zusammenfallen beider Ereignisse als ein gutes Omen.

Ullrich.

Regierungsumbildung in Preussen.

Berlin. 11. Oktober.

Wie verlautet trat der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des preussischen Landtages, Porsch, im Auftrage der Partei an den Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei heran mit der Aufforderung zu Besprechungen über die Regierungsumbildung in Preussen.

Eine stürmische Sitzung im preussischen Landtag.

Berlin, 11. Oktober.

Im preussischen Landtag begann am Montag die Beratung des Gesetzes über den Hohenzollernvergleich. Bei der Sitzungseröffnung machten die Kommunisten, als der Finanzminister sprechen wollte, einen derartigen Lärm, dass die Beratungen nicht aufgenommen und der Sitzungsbeginn um eine halbe Stunde verschoben werden musste. Die weitere Sitzung verlief ausserordentlich bewegt.

Entschliessung des preussischen Richtervereins.

Berlin, 11. Oktober.

Die Hauptversammlung des preussischen Richtervereins nahm am Sonntag eine Entschliessung an, wonach die preussischen Richter und Staatsanwälte in der Weimarer Verfassung die Grundlage des Rechtes und die Gewähr für den Bestand des Vaterlandes erblicken und ihre unerschütterliche Verfassungstreue betonen.

Unwetter in Norddeutschland.

Berlin, 11. Oktober.

Das Sturmwetter der letzten Tage richtete ausser in Berlin in ganz Norddeutschland schweren Schaden an, besonders an der Nordseeküste, wo grosse Sturmfluten auftreten und den Schiffsverkehr sehr störten. Vor Cuxhaven sank der holländische Dreimastschoner «Neptunus», die Mannschaft wurde gerettet.

Meuterei in der rumänischen Armee.

Bukarest, 11. Oktober.

6000 Rekruten des zweiten rumänischen Armeekorps verweigerten den Dienst.

Vor den Wahlen in Indien.

In Indien finden demnächst Wahlen zu den Reichs- und Provinzversammlungen statt, die im Vergleich zu den letzten Wahlen interessante Aufschlüsse versprechen. Denn jene Wahlen erhielten ihr Gepräge durch die von Gandhi in Fluss gebrachte Bewegung, die darauf ausging, die Indier von aller Zusammenarbeit mit den englischen Behörden fernzuhalten, Gandhi gelang es nicht, die Swaradschisten, die entschiedene Selbständigkeitspartei, zum Wahlstreik zu bringen, vielmehr liessen sie sich in grosser Zahl in die Vertretungen wählen. Jedoch bestand ihr Programm keineswegs in loyaler Zusammenarbeit mit der Regierung, sondern darin, das Fungieren der Regierungsmaschinerie dort zu verhindern, wo die Swaradschisten die Mehrzahl hatten. Dies war in Bengalen und in den Zentralprovinzen der Fall; dort weigerten sich die Verfechter der Selbstverwaltung, Ministerposten anzunehmen, und sie stimmten gegen den Budgetentwurf der Regierung.

Allerdings zeigte sich, dass sie auf diese Art nicht zum Ziele kamen, denn die Folge war lediglich, dass die Angelegenheiten, die den Landtagen zur Prüfung überwiesen waren, wieder von der Regierung selbst übernommen wurden, soweit es sich um wichtige Dinge handelte. Wo dies nicht der Fall war, wurde die Verweigerung der Bewilligung respektiert. Die Partei der Selbstverwaltung ist indessen bedenklich geworden, und aller Wahrscheinlichkeit nach werden die bevorstehenden Wahlen ein anderes Gepräge als die letzten tragen. Wenigstens erklären sich eine Anzahl Swaradschisten zur Zusammenarbeit bereit, selbst als Minister. Zwar werden allerhand Vorbehalte gemacht, aber es ist klar, dass das Schlagwort non-corporation, Nicht-Zusammenarbeit, seine Macht verloren hat, und dass die neuen Vertretungen, die jetzt zu wählen sind, sich in weit höherem Grade als bisher bemühen werden, die Möglichkeiten, die ihnen die Verfassung bietet, auszunutzen und deren Mängel zu beseitigen.

Zu der schwankenden Haltung der Selbstverwaltungsanhänger haben auch andere Dinge mitgewirkt. So zeigten die Vorgänge der letzten Jahre deutlich, dass Hindus und Mohammedaner nicht zu einer Nation verschmolzen sind. Kaum eine Woche vergeht, dass nicht Reibungen und Zusammenstösse stattfinden. Im Laufe der letzten drei Jahre sind bei solchen Gelegenheiten nicht weniger als 2977 Personen verletzt und 259 getötet worden. Dies sind jedoch bloss erst amtliche Zahlen. In Wirklichkeit dürfte die Anzahl weit grösser sein.

Indessen scheinen die Aussichten der neuen Wahlen verhältnismässig günstig für die Verfassung zu sein, und man nimmt an, dass die Reichs- und Provinzvertretungen, die aus den Wahlen hervorgehen werden, nützliches Material für die kommende Kommission liefern, die untersuchen soll, ob und in welchem Grade die indische Selbstverwaltung ausgedehnt und befestigt werden soll.

Die Unterdrueckung des Deutschtums in Suedslawien.

Wie aus Werschetz gemeldet wird, ist mit Beginn des neuen Schuljahres wiederum eine weitere Klasse am dortigen deutschen Gymnasium geschlossen worden. Die Schliessung dieser deutschen Parallelklasse erfolgte angeblich, weil sich für diese Klasse insgesamt nur 23 Schüler gemeldet haben, die erforderliche Schülerzahl also für die Aufrechterhaltung einer Klasse nicht erreicht wäre.

Wie das «Deutsche Volksblatt» dazu bemerkt, ist das Vorgehen der Schulbehörde durchaus nicht als berechtigt anzuerkennen. Wenn die deutschen Eltern sich veranlasst sehen, ihre Kinder aus der Schule herauszunehmen, so liegt der Grund hierfür darin, dass die Schulverwaltung die Anforderungen gerade an den deutschen Gymnasien in so unerhörtem Masse stellt, dass die Schüler ihnen nicht gewachsen sein können. Auf diese Weise will man eben die deutsche Schülerzahl überall herabdrücken und damit auch die Einstellung der deutschen Schulklassen erreichen. Gegen diese Unterdrückungsmethoden des deutschen Bildungswesens wird die deutsche Bevölkerung der Wojwodina sich ganz energisch auflehnen.

Eine neue bulgarische Eisenbahnlinie.

(Eigener Dienst der «Türkischen Post.»)

Sofia, 9. Oktober.

Die Tracierung der geplanten Eisenbahnlinie, die Dolen Tschiftlik mit Staro Orochowo und weiterhin mit dem Gebiet von Varna verbinden wird, hat begonnen. Die Linie wird am Flusse Kamtschia entlang bis zum Schwarzen Meere fortgeführt werden. Der Flusslauf selbst wird hierbei einer Verbesserung unterzogen werden.

Die griechisch-bulgarische Auswanderungskommission

(Eigener Dienst der «Türkischen Post»).

Sofia, 9. Oktober.

Die gemischte griechisch-bulgarische Auswanderungskommission ist, von Saloniki her kommend, in Sofia eingetroffen. Da alle Vorbereitungen zu ihrem Empfang getroffen waren, so wird sie sofort ihre Arbeiten aufnehmen.

Türkische Gesandtschaft in Kabul.

Angora, 11. Oktober.

Die Nachricht, dass für den Posten des türkischen Gesandten in Afganistan Safwet Bej bestimmt sei, wird dementiert.

Blutige Kämpfe in Syrien.

«Türk Sözü» lässt sich aus Adana melden:

Die Truppen der Aufständischen haben sich von Guta, wo nur die Freischar des Kawukdschi Fewsi verblieb, nach dem Dschebel Drus zurückgezogen, wo sämtliche aufständische Streitkräfte gesammelt werden, um eine neue Verteidigungslinie einzunehmen. Im Süden der Guta sind Kämpfe mit den Franzosen im Gang. An der Führung der Bewegung nimmt auch Sultan El-Atrasch wieder teil. Das Hauptquartier liegt im Abschnitt El-Asrak. Aus der Tatsache, dass ein offizieller französischer Heeresbericht nicht veröffentlicht wurde, kann man schliessen, dass die im Dschebel Drus im Gang befindlichen Kämpfe den Franzosen keinen Erfolg gebracht haben. Die in diesen Kämpfen Verwundeten werden von den Aufständischen auf Automobilen nach Jerusalem befördert, wo ein unter der Leitung des Müfti von Jerusalem stehendes Aufstandskomitee für Spitalbehandlung sorgt.

Die Franzosen haben bei der englischen Regierung Schritte getan, um den Uebertritt aufständischer Truppen nach Transjordanien verhindern zu lassen. Es wurde zu diesem Zwecke in Damaskus eine gemischte Kommission eingesetzt, die den auf transjordanischem Boden befindlichen Aufständischen eine 48 stündige Frist zur Rückkehr in ihr Gebiet gestellt hat, worauf die in Amman versammelten Führer mit ihren Leuten Transjordanien verliessen.

Syrische Wahlkämpfe.

Adana, 10. Oktober.

Gelegentlich der Wahlen für die syrische Abgeordnetenkammer kam es unter den armenischen Parteien zu heftigen Kämpfen, in deren Verlauf 2 Armenier getötet und 3 schwer verwundet wurden. In diese Streitigkeiten haben auch armenische Miliztruppen eingegriffen.

***

Vier in Libanon erscheinende Zeitungen wurden wegen gegen die Regierung gerichteter Angriffe eingestellt. Die Schriftleiter der übrigen Zeitungen wurden von der Behörde vorgeladen und ihnen mitgeteilt, dass im Falle von Angriffen auf die Regierung auch ihre Zeitungen eingestellt, gegebenfalls eine Zensur eingeführt und gegen schuldige Journalisten gerichtlich vorgegangen werden soll.

Letzte Nachrichten

Gasi Paschas Rückkehr nach Angora

Angora, 11. Oktober

Der Präsident der Republik, Gasi Pascha, ist in Begleitung Ismet Paschas und Kiasim Paschas um 3 Uhr nachmittags im Automobil von den in der Umgebung abgehaltenen Manövern eingetroffen.

Gewinnlose der Flugloterie.

Angora, 11. Oktober

Heute hat die 6. Ziehung der Flugzeugloterie stattgefunden. Dabei gewannen die Nummern 47.106 und 6.513 je 2000 t. Pf., Nummer 16.500 8.000 t. Pf. Die Nummern 11.620, 29.844, 18.349 gewannen je 600 t. Pf.

Behidsch Bej über seine Reise.

Angora, 11. Oktober

Der eben von seiner Inspektionsreise wieder nach Angora zurückgekehrte Minister für öffentliche Arbeiten Behidsch Bej äusserte sich Journalisten gegenüber wie folgt: «Meine Reise führte mich bis Amasia. Der Bau der Eisenbahnen wird eifrig fortgesetzt. Die Küstenbahn Samsun-Tscharschamba ist in Betrieb. In Samsun planen wir nächstes Jahr mit Hafenbauten zu beginnen. Auch die Arbeiten an der anatolischen Eisenbahn gehen gut vonstatten. Ich bin von meiner Reise zufriedengestellt.»

Sitzung der Kommission für Vertraege und Abkommen.

Angora, 11 Oktober.

Heute hielt die Kommission für Verträge und Abkommen im Auswärtigen Amte unter Vorsitz von Ali Dschenani Bej und unter Teilnahme des Generaldirektors für Konsulats- und Handelswesen im Auswärtigen Amt, Ragib Bej, sowie der Mitglieder der Kommission für Prüfung der Verträge eine Sitzung ab, in der die Handels- und Siedelungsverträge zur Besprechung gelangten.

Die Schwimmende Ausstellung soll wiederholt werden.

Angora, am 11. Oktober.

Der Leiter der Schwimmenden Ausstellung Reufi Bej hat dem Handelsminister Bericht erstattet. Einer Aeusserung aus Kreisen des Finanzministeriums zufolge besteht dort die Absicht, jährlich eine derartige schwimmende Ausstellung zu veranstalten, doch hinge das davon ab, ob man in Budget dafür einen Posten einstellen kann. Das Budget für das nächste Jahr ist eben in Aufstellung begriffen. Soviel man höre, werde das Handelsministerium diesmal reicher dotiert werden als bisher.

(Von unserem Berichterstatter aus Athen)

Athen, 12. Oktober.

Denaxas hat das Verkehrsministerium übernommen.

Wachsende Erregung im Rheinland.

Berlin, 11 Okt.

Nach Pariser Blättermeldungen will General Guillaumat angesichts der letzten Vorfälle im besetzen Gebiet gewisse Vorkehrungen treffen. Ausser der vorgesehenen Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der französischen Polizei sollen die Soldaten nur noch gruppenweise ausgehen, die Wachposten verstärkt werden und den Franzosen das Betreten der abgelegenen Stadtteile verboten werden.

Abbröckeln des Streiks in England

London, 11. Okt,

Der Bergarbeiterrat der Grafschaft Leicester empfiehlt dringend seinen Mitgliedern die sofortige Wiederaufnahme der Arbeit. Nahezu 60 vH sind bisher dieser Weisung gefolt.

London, 11. Oktober (A.A.)

Anlässlich der Entscheidung des Bergarbeiterrats von Leicester trat der Bergarbeiterrat von Nottingham heute zusammen, um die Frage einer Konferenz mit den Arbeitgebern zu prüfen, die den Abschluss eines Abkommens auf 5 Jahre auf der Grundlage der gegenwärtig an die Bergarbeiter, die in den Gruben arbeiten, bezahlten Löhne angeboten haben.

Ein bulgarischer Hafen am Mittelmeer.

(Von unserem Berichterstatter in Athen.)

Athen, 12. Oktober.

Nintschitsch versprach Buroff die Forderung Bulgariens nach einem Ausgang zur Aegaeis unterstützen zu wollen.

Keine Kandidatur der Pangalosminister.

(Von unserem Berichterstatter in Athen)

Athen, 12. Oktober.

Der Ministerrat hat einen Befehl unterschrieben, wonach die 34 Personen, die zur Zeit von Pangalos Diktatur Minister gewesen sind, nicht bei den Wahlen kandidieren dürfen.

Um die Staatsform.

(Von unserem Berichterstatter aus Athen.)

Athen, 12. Oktober.

Metaxa hat in seinem Programm erklärt, dass die Erörterung der Staatsform den schwersten Schlag gegen die Existenz des Staates bedeutet und als nationales Verbrechen angesehen werden muss.

Papanastasiu erklärte seinerseits, dass die Regierung jeden Versuch einen Umsturz nach den Wahlen herbeizuführen, mit allen Mitteln verhindern werde.

Griechischer Beamtenstreik.

Berlin, 12. Oktober

Der exekutive Ausschuss der griechischen Beamtenschaft proklamierte einen 24 stündigen Proteststreik, weil die Regierung eine Gehaltserhöhung abgelehnt hat.